
"Politik darf Beschäftigungswünsche der Menschen nicht stigmatisieren. Flexible Beschäftigung ist für viele eine Brücke in den Arbeitsmarkt."

04.07.18 | Berlin

"Politik darf Beschäftigungswünsche der Menschen nicht stigmatisieren. Flexible Beschäftigung ist für viele eine Brücke in den Arbeitsmarkt."

Zu den heute vorgestellten Ergebnissen des Betriebspanels erklärt Christian Amsinck, Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB):

„Die Unternehmen in Berlin schaffen Jahr für Jahr zehntausende neue Arbeitsplätze. Der Arbeitsmarkt in der Hauptstadt entwickelt sich dynamisch. Das bedeutet für viele Menschen neue Perspektiven, Einstiegs- und Aufstiegschancen. Die Erfolge und das Engagement der Betriebe verdienen Anerkennung.“

Zum Thema **"atypische Beschäftigung"** sagte der UVB-Hauptgeschäftsführer:

„Die Beschäftigungswünsche der Menschen und die Anforderungen des Arbeitsmarktes wandeln sich stetig. Ein Mix aus Vollzeit und Teilzeit ist in vielen Unternehmen längst Alltag. Die Politik darf das nicht als „atypisch“ oder gar „prekär“ stigmatisieren. Gerade bei der öffentlichen Hand ist Teilzeit-Arbeit verbreitet. Vor allem viele Frauen wollen bewusst in Teilzeit arbeiten, um Beruf und Familie miteinander vereinbaren zu können. Wer mehr Vollzeit-Arbeit ermöglichen will, muss die

Betreuungsangebote für Kinder verbessern. Hier gibt es in Berlin noch viel Spielraum.

Darüber hinaus ist flexible Beschäftigung für viele Menschen eine Brücke in den Arbeitsmarkt. Beim Ausscheiden aus einem Betrieb spielen Befristungen immer seltener eine Rolle - der große Teil der Arbeitnehmer erhält einen Anschlussvertrag im selben Unternehmen. Dass der Anteil der Zeitverträge in Berlin höher ist als im Bund, liegt überwiegend an der öffentlichen Arbeitsmarktpolitik. In der Hauptstadt gibt es weitaus mehr staatlich geförderte Stellen als andernorts – diese sind aber stets befristet.“

Zur **dualen Ausbildung** fügte Amsinck hinzu:

„Die duale Ausbildung ist der Schlüssel, um auch in Zukunft genügend Fachkräfte zu finden. Das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen wächst stetig. Leider bleiben immer wieder Lehrstellen unbesetzt. Dafür ist auch die mäßige Schulqualität in Berlin verantwortlich. Die Probleme – zu viele Schulabbrecher, zu wenig Lehrpersonal, nicht zeitgemäße Ausstattung der Schulen – sind hinlänglich bekannt. Die Politik sollte sich hier dringend um Lösungen bemühen.“

Zur Entwicklung der **Tarifbindung** sagte der UVB-Hauptgeschäftsführer weiter:

„Tarifverträge sind vor allem dann für Unternehmen attraktiv, wenn sie Spielraum für Flexibilität bieten und für beide Seiten Mindestbedingungen regeln. Darauf müssen die Gewerkschaften achten. Für die Politik gilt: Wer die Entwicklung der Tarifbindung kritisiert, sollte keine Vergabe-Mindestlöhne einführen, die die Tarifautonomie beschädigen und tarifliche Entgelt-Regelungen verdrängen.“

- [Auf Xing teilen](#)
- [Auf Facebook teilen](#)
- [Auf X teilen](#)
- [Auf LinkedIn teilen](#)

- [Drucken](#)
- [Als PDF speichern](#)

Ihr Ansprechpartner zum Thema Arbeitsmarkt

Hauptgeschäftsführer

Alexander

Schirp

Telefon:
+49 30 31005-101

Telefax:
+49 30 31005-160

E-Mail:
Schirp [at] allgemeiner-verband.de

[Download VCF](#)

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:

+49 30 31005-166

E-Mail:

Broenstrup [at] allgemeiner-verband.de

[Download VCF](#)